„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3397.
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Um den Sicherheitspakt

Seit mehreren Monaten ist auf Betreiben der deutschen Regierung eine Frage in den Mittelpunkt der europäischen Politik gestellt worden, die man nicht gut ignorieren konnte, die man allen Ernstes ins Auge fassen mußte. Die Frage eines europäischen Sicherheitspaktes, um die es sich hier handelt, sollte heute eigentlich gar nicht mehr erörtert werden müssen, wenn die „Friedensverträge" nach dem Weltkrieg wirkliche Friedensverträge wären, hinter denen nicht wie bisher die rohe Willkür der Sieger, sondern der ehrliche Wille zur Versöhnung und Verständigung steht. Daß Frankreich und Großbritannien auf die deutsche Anregung zur Nachprüfung der Sicherheitsfrage so bereitwillig eingegangen sind, beweist deutlich genug, wie unsicher sie sich unter der neuen europäischen Lage fühlen und wie sehr sie sich nach einer festeren Grundlage für eine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung sehnen.

Dieses unfreiwillige Eingeständnis ist wertvoll und sollte auch den deutschen Unterhändlern bei den zu erwartenden mündlichen Verhandlungen ein Druckmittel gegenüber den Alliierten in die Hand geben. Eine unheimliche Angst vor einem Bündnis zwischen Rußland und Deutschland beherrscht die Köpfe der französischen und englischen Diplomaten. Vorläufig kann davon zwar noch keine Rede sein, aber man weiß nicht, was die Zukunft bringen wird, insbesondere wenn die Entente sich weiterhin mit Gewalt die Augen vor der unleugbaren Tatsache verschließt, daß das Deutschtum in der Welt allen Unterdrückungsversuchen zum Trotz sich zu einer neuen achtunggebietenden Stellung emporarbeitet. Diese Entwicklung kann auch nicht dadurch aufgehalten werden, daß man, wie es in der letzten französischen Note geschehen ist, rundweg erklärt, am Versailler Vertrag dürfe nicht gerüttelt werden, Deutschland solle bedingungslos in den Völkerbund eintreten usw. Hoffentlich wird auf diese neuen alliierten Diktatversuche auf der bevorstehenden Konferenz von den deutschen Vertretern eine deutliche Antwort gegeben. Ja, wir würden es sogar begrüßen, wenn man die in der Presse schon mehrfach erwähnten deutschen Forderungen nach Beseitigung des Schuldlügenparagraphen, nach Rückgabe deutscher Kolonien und nach Neuregelung der deutschen Ostgrenze mit stärkstem Nachdruck vertreten würde. Stößt man auf taube Ohren, dann erfährt wenigstens die Welt wieder einmal, wie es mit der Friedensliebe an gewissen Stellen steht. Scheitert die Konferenz daran, so ist auch nicht das Schlimmste, wenigstens nicht für das deutsche Volk. Große Resultate sind aus einem solchen Sicherheitspakt mit Frankreich und Großbritannien doch nicht zu erhoffen, weil beide nicht an den Frieden, sondern nur an neue imperialistische Ziele denken. Frankreich träumt immer noch von der Alleinherrschaft in Europa. Großbritannien möchte sich gerne den Rücken etwas frei machen, um den asiatischen Problemen mehr Aufmerksamkeit schenken zu können. Wer die Berichte und Artikel der englischen Presse auch in Canada, über die Lage in China fortlaufend verfolgt, verspürt die immer stärker betriebene Hetze gegen die sogenannte „Gelbe Gefahr", die man eines Tages wahrscheinlich wieder im Namen der Demokratie und Menschlichkeit, im Namen der Zivilisation und des Fortschrittes bekämpfen möchte.

Denn trotz Sicherheitspakt verschiebt sich der weltpolitische Schwerpunkt von Europa nach anderen Erdteilen.

Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem

Englischer Nationalökonom fordert Rückkehr zu 1914.

Der englische Nationalökonom Sir George Paish sprach sich Berichterstattern gegenüber über das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem aus. Sir George, gegenwärtig Gewerkner der Londoner wirtschaftlichen Hochschule, hat sich nicht nur auf dem Gebiete der theoretischen Wissenschaft, sondern auch als praktischer Nationalökonom in führender Weise betätigt. Er war namentlich der statistische Berater des englischen Handelsministeriums über wirtschaftliche und finanzielle Fragen, und bekleidete später eine offizielle Mission in Amerika.

Seine Ausführungen lauten wie folgt:

„Die gegenwärtig herrschende Kapitalsarmut ist ein allgemeines europäisches Symptom. Die Hauptquelle dieses Uebels ist in den großen Kapitalzerstörungen der Kriegs- und Nachkriegsperiode, sowie in den durch die Friedensverträge durchgeführten Verschiebungen und in der dadurch bedingten unwirtschaftlichen Produktionsweise zu suchen. Die Abhilfe wäre: Kooperation zwischen den europäischen Ländern im Interesse der Steigerung der Produktion, damit das vorhandene Kapital in die richtigen Produktionskanäle geleitet werde. Allfällige Selbstbeschränkungen und Opfer würden sich auf diesem Gebiete reichlich verlohnen. Zugeständnisse, die ein Land der wirksameren Produktion eines anderen Landes gewährt, würden zum Aufschwung der Produktion führen und dadurch dem ersteren Lande ein besseres Absatzgebiet sichern. Hierzu ist jedoch vor allem ein Zusammenwirken und die Politik des „Leben und leben lassen" notwendig."

Als Sir George Paish gefragt wurde, wie er sich die Sicherung dieses Zusammenwirkens der europäischen Staaten vorstelle, antwortete er mit der größten Entschiedenheit: „Durch die Rückkehr zu 1914!" Er fügte hinzu:

„Vor 1914 hatten wir auf dem Gebiete Mitteleuropas eine große und geschlossene wirtschaftliche Einheit, die Dank ihrer vollkommenen Organisation und ihrer hochentwickelten Produktion die sichere Grundlage des Reichtums und des Wohlergehens von nahezu 50 Millionen Menschen bildete. Diese Einheit wurde zertrümmert und die wertvollsten Bestandteile dieser Maschinerie außer Betrieb gesetzt, ohne daß etwas Neues an deren Stelle geschaffen worden wäre.

„Solche Umwertungen bedeuten natürlich eine nicht gutzumachende Zerstörung von Werten. Wien war das Finanzzentrum von ganz Südost-Europa und seine Dienste können nach dem jetzigen Stand der Dinge auch in der Zukunft nicht ersetzt werden. Berlin oder Paris haben nicht dieselben Verbindungen und Kenntnisse bezüglich der mitteleuropäischen und Balkanländer, Prag andererseits kann unmöglich dieselben altbewährten Verbindungen auf den westlichen Finanzmärkten haben. Folglich stockt der gesamte Geldverkehr zwischen Ost und West.

„Oder ein anderes Beispiel: Ungarn war das landwirtschaftliche Zentrum, die Kornkammer Mitteleuropas. Jene Tendenz, die Ungarns Entwicklung auf diesem Gebiete zu verhindern trachtet, und die hochentwickelte ungarische Mühlen- und Lebensmittelindustrie beseitigen will, ist letzten Endes auf eine Schädigung der allgemeinen europäischen Wirtschafts-Interessen gerichtet. All dies muß aufhören, bevor man ernstlich von einem wirklichen europäischen Wiederaufbau reden kann. Wie und in welcher Weise dieses erwähnte Zusammenwirken gesichert werden könnte, ist eine politische Frage, die ich in meiner Erklärung nicht berühren will."

Volle Gleichberechtigung der Deutschen in britischen Dominions?

Nach Erklärung von amtlichen deutschen Kreisen

In amtlichen Berliner Kreisen wird die Erwartung ausgesprochen, daß im Laufe der nächsten sechs oder acht Monate die Schranken, welche die Niederlassung von Deutschen in fremden Ländern, besonders in den britischen Dominions, verhindern, fallen werden.

Es wird darauf hingewiesen, daß, soweit Ceylon, Tanganyika an der Grenze des früheren Deutsch-Ostafrika, der Kongo-Freistaat und Südwest-Afrika in Betracht kommen, die Einschränkungen, die nach dem Weltkriege gegen deutsche Ansiedler erlassen wurden, aufgehoben sind. Erwartet wird, daß bis Ende dieses Jahres Australien und Neuseeland diesem Beispiel folgen werden. Zuversichtlich wird in amtlichen Kreisen erklärt, daß den Deutschen bald volle Gleichberechtigung mit anderen Staatsangehörigen und die gleiche Behandlung in jenen britischen Dominions zugestanden werden wird.

* * *

Wir wissen nicht, auf welchen amtlichen Informationen die obige Meldung beruht; würden uns aber natürlich außerordentlich freuen, wenn sie der Wahrheit entsprechen würde. Auffallend ist, daß von Canada keine Silbe erwähnt wird, obwohl gerade hier die Deutschen sowohl bei der Einwanderung wie auch im Lande selbst immer noch nicht die Gleichberechtigung mit anderen Staatsbürgern haben. Man sucht uns immer noch zurückzusetzen, will uns nicht das Recht auf Gebrauch unserer deutschen Muttersprache in den öffentlichen Schulen gewähren und treibt überhaupt eine Minderheitenpolitik, die in vielen Punkten an andere, wenig rühmliche europäische „Vorbilder" erinnert.

Hindenburg an die amerikanische Geschäftswelt

In der von der Handelskammer der Vereinigten Staaten herausgegebenen Zeitschrift „The Nation's Business" berichtet Schriftleiter Merle Thorpe über eine Unterredung, die er mit dem deutschen Reichspräsidenten von Hindenburg hatte. Thorpe erklärt, daß die Worte des deutschen Präsidenten als eine Botschaft an die amerikanische Geschäftswelt gelten können, die die Hoffnung aufkommen lasse, daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Deutschlands sich unter der Präsidentschaft Hindenburgs stabilisieren werden und daß keine Gefahr für den ruhigen Bestand der deutschen Republik vorliege.

Thorpe schreibt, daß von Hindenburg mit den Monarchisten gebrochen und sein Wort gegeben habe, alles, was in seinen Kräften stehe, zur Aufrechterhaltung des Friedens zu tun. Er fügt hinzu, daß selbst die Feinde und politischen Gegner von Hindenburgs zugeben, daß dieser noch stets sein Wort gehalten habe. Von maßgebender Stelle wurde Thorpe die Versicherung gegeben, daß Hindenburg und Deutschland den Dawes-Plan durchführen werde. Es tauchen wohl Schwierigkeiten auf, besonders bei der Kredittransferierung, aber der große Vorzug des Planes liege darin, daß er elastisch sei und daß für neu auftretende Umstände leicht neue Mittel gefunden werden können, ohne die Grundzüge des Planes zu stören.

Nach Angabe Thorpes hat ihm Präsident von Hindenburg folgende Erklärung abgegeben:

„Ich freue mich, von Ihnen von dem lebhaften Interesse zu hören, das Sie amerikanische Geschäftswelt den Verhältnissen in Deutschland entgegenbringt. Anstelle der sozialen Erschütterungen, von denen das deutsche Volk in den Nachkriegsjahren heimgesucht wurde, scheint eine allgemeine Beruhigung getreten zu sein. Ich hege die feste Zuversicht, daß diese Beruhigung auf sozialem wie auch wirtschaftlichem Gebiete andauern wird, wenn die politische Befriedigung Europas weitere Fortschritte macht. Ich für meine Person werde mein Möglichstes tun, um einen solchen Frieden herbeizuführen und zu erhalten."

Weltumschau

Deutschland.

Die deutsche Regierung macht nach Eingang der französischen Note in einer Erklärung auf ihre wiederholte Versicherung aufmerksam, daß die Verwirklichung eines Sicherheitsvertrages unmöglich ist, solange die Frage einer Beteiligung Deutschlands an den kolonialen Mandaten ungeregelt bleibt. Die weitere Besetzung der Kölner Zone durch die Alliierten, die rechtswidrig ist, steht nicht im Einklang mit dem Geist der Versöhnung. Deutschland hat alles getan, um die Entwaffnungsbedingungen der Alliierten zu erfüllen. Noch nie in der Geschichte wurde die Entwaffnung eines Volkes so gründlich durchgeführt.

Englische Regierungskreise hoffen, daß Deutschland die Bedingungen der französischen Note annimmt und in Bälde Vertreter nach London schickt. Sie sollen mit britischen und französischen Staatslenkern den Abschluß eines Abkommen besprechen. Nach Berichten aus Berlin stimmt Deutschland den französischen Hinweisen in der Note zu, daß die Zeit für einen schriftlichen Meinungsaustausch vorüber ist und daß mündliche Besprechungen zur Lösung der Streitfragen vorzuziehen sind. Möglicherweise beginnen schon am Montag Besprechungen zwischen deutschen, britischen, französischen und belgischen Vertretern. Sie sollen den Weg ebnen für eine Zusammenkunft der Auslandminister, um die lange besprochene Frage zu lösen. In ihrer Note an Deutschland bestehen die Alliierten durch Frankreich darauf, daß der Vertrag von Versailles nicht geändert werden darf und daß Deutschland ohne Vorbehalt dem Völkerbund beitritt.

Dr. Friedrich Gauß, der an der Spitze der Juristen im auswärtigen Amt steht, wird der deutsche Vertreter in der Konferenz der juristischen Fachleute, welche die Sicherheitsfrage in London erwägen, sein. Er ist seit langen Jahren im Dienst und hatte großen Einfluß beim Entwurf wichtiger diplomatischer Akten der Regierung.

Die „Sanktionsstädte" Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort sind geräumt. Es gab keine Stürmungen, keine Kundgebungen, keinen öffentlichen Ausdruck des Bedauerns oder der Freude. Vor der Stadt warteten ungeduldig 1500 Mitglieder der Sicherheitspolizei. In dem großen Industriegebiet, das einst fast völlig von den Franzosen und Belgiern oder unter ihrer Aufsicht verwaltet wurde, sind jetzt nur noch die Mitglieder der Wasserwegskommission in Düsseldorf und Ruhrort sowie drei französische Soldaten, die zu krank sind, um aus dem Lazarett weggebracht zu werden. Die alliierten Truppen zogen unter dem Spiel der Kapellen aus der Stadt. Sie versammelten sich vormittags vor dem Hauptquartier zur Besichtigung durch den kommandierenden General. Nach einem Salut nur die Fahne, die unter den Klängen der Marseillaise herabgenommen wurde, begann der Abmarsch. Die Truppen marschierten über die Brücke nach Oberkassel in der belgischen Zone, um von dort mit der Bahn nach französischem Gebiet zu fahren.

Der frühere Reichskanzler Dr. Josef Wirth rief eine Sensation durch seine Bekanntgabe hervor, er sei aus der Reichstagsfraktion des Zentrums ausgetreten. Als Grund für diese Handlung gab er an: er könne der Politik, welche die Partei in letzter Zeit im Reichstag verfolgt, besonders deren Haltung in der kürzlich angenommenen Zollvorlage, nicht zustimmen. Dr. Wirth wird als unabhängiger Zentrumsmann im Reichstag verbleiben. Die Veteranen der Partei, unter ihnen der frühere Reichskanzler Dr. Wilhelm Marx, machten gewaltige Anstrengungen, Dr. Wirth zu bewegen, seine Handlung in Wiedererwägung zu ziehen. Dr. Wirth benachrichtigte die Führer der Partei, er betrachte sich fernerhin als ein Vertreter der „sozialen republikanischen Zentrumspartei." Falls es, seinen Parteigenossen nicht gelingen sollte, ihn zu veranlassen, zur Partei zurückzukehren, ist es nicht unmöglich, daß Dr. Wirth der Wahl gegenüberstellt werden wird, entweder sein Reichstags-Mandat niederzulegen oder aber sich einem Disziplinarverfahren zu unterwerfen. Die „Germania", das Partei-Organ, meldet, kein anderes Mitglied werde dem Beispiel Dr. Wirths folgen. Die liberale und sozialistische Presse ergeht sich in Lobeserhebungen über das Vorgehen Dr. Wirths und benutzt die Gelegenheit, um das Zentrum zu warnen, daß ihm eine Spaltung droht, sollte es fortfahren, mit den Parteien der Rechten gemeinschaftlich Sache zu machen.

Im Laufe dieser Woche wird zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung ein gegenseitiges Abkommen abgeschlossen werden, wonach in Zukunft alle Kosten für die Erteilung von Visen an Angehörige beider Staaten wegfallen sollen. Nur Ausländer, die als Einwanderer klassifiziert werden, bleiben von der Vergünstigung ausgeschlossen. Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Auswärtigen Amt und dem amerikanischen Botschafter sind soweit gediehen, daß man den formellen Abschluß des Vertrages für den 1. September erwartet.

Oesterreich.

Feldmarschall Franz Konrad von Hötzendorf, Chef des Generalstabs der österreichischen Armeen, im Weltkrieg und später Oberbefehlshaber an der italienischen Front, ist in Mergentheim, Württemberg, gestorben.

Ein Teil der hiesigen Presse veröffentlicht dieses angeblich vertrauenswürdiger Quelle stammende Nachricht, daß das bei den Oesterreichern sehr unpopuläre Amt des Generalkommissars der österreichischen Finanzwirtschaft, demnächst aufgelassen werden soll. Die Presse fügt dieser Meldung hinzu, daß dadurch das Selbstvertrauen der Bevölkerung wieder hergestellt werden wurde. Das genannte Amt, das von dem Völkerbund nach Gewährung der Sanierungsanleihe an Oesterreich eingerichtet wurde, wird von Dr. Frederik Lindemeister von Rotterdam, Dr. Alfred Zimmermann bekleidet. Dem Generalkommissär wurde in dem Genfer Protokoll große Machtbefugnis eingeräumt und der österreichischen Bundesregierung wurden in finanzieller Hinsicht die Hände gebunden, so daß sie ohne Zustimmung des Generalkommissars keine Verfügung treffen konnte, die irgend wie mit der Finanzwirtschaft zusammenhing.

In der letzten Zeit hat sich der österreichische Außenminister Dr. Mataja bemüht, die Aufhebung des Amtes durchzusetzen und er ist hierüber auch bei der Liga vorstellig geworden, mit der Begründung, daß das Wiederaufbauprogramm gleich durchgeführt werde und für die Aufrechterhaltung des Amtes keine Notwendigkeit mehr vorliege. Die Zeitungen erklären, in Erfahrung gebracht zu haben, daß die Vollversammlung der Liga den Antrag Dr. Mataja's gutheißen werde.

Ungarn

Das Gericht erlaubte dem in Budapest zum Tode verurteilten Ehepaare Mizi und Gustav Lederer fünf Minuten zum Abschiednehmen vor der Hinrichtung. Beide waren nicht imstande, ein einziges Wort des Abschiedes voneinander und vom Leben hervorzubringen. Lederer, ein früherer Armeeoffizier, und seine Frau waren wegen Ermordung des wohlhabenden Wurstfabrikanten Franz Kudelka, den sie in ihre Wohnung in der Vorstadt von Budapest gelockt hatten, zum Tode verurteilt. Das Opfer der gräßlichen Bluttat war von ihnen beraubt und die Leiche zerstückelt worden, um sie unbemerkt zu beseitigen. Als die Hinrichtungsstunde schlug, umarmten sich die beiden Verurteilten stumm zum letzten Abschied, während der Richter mit der Uhr in der Hand zugegen war. „Sie haben fünf Minuten Zeit", sagte der Richter. Lautlos war die Stille, daß man das Ticken der Taschenuhr zu vernehmen glaubte. Bei Ablauf jeder Minute sagte der Richter: „Vier — drei — zwei — eine Minute — und jetzt ist die Zeit zum Abschiednehmen verstrichen."

Lederer und seine Gattin wurden nach kurzer Umarmung von einander getrennt und auf der Stelle hingerichtet.

Bulgarien.

Bulgarien erwartet die Rückgabe des in der Dobrudscha von den Rumänen mit Beschlag belegten bulgarischen Eigentums. Unter einem Uebereinkommen, das beinahe vollendet ist, soll Bulgarien an Rumänien 2,250,000 Lev bezahlen und 70,000,000 Lev Entschädigung. Im Ganzen etwa 2,333,000.

Frankreich

Der in Marseille tagende Kommunisten-Kongreß hörte die „Beschwerden der Mittelmeer-Flotte", die von Matrosen in Uniform vorgebracht wurden. Nach Reden der Abgeordneten Cachin, Marty und Doriot wurden Beschlüsse angenommen, welche gegen den Krieg im allgemeinen und besonders gegen den Feldzug in Marokko protestieren. Eine Parade, welche die Kommunisten später abzuhalten versuchten, wurde von der Polizei gesprengt.

Ungestört verlaufen die Verhandlungen der Sozialistischen oder Zweiten Internationale, die in einem anderen Teile der Stadt Sitzungen abhält. Der amerikanische Kongreßabgeordnete Victor Berger führt den Vorsitz. Berger erklärte, ein neuer Krieg sei sicher, wenn die Ver. Staaten nichts täten, um ihm einen Riegel vorzuschieben. Kriegsrüstungen seien seit Jahrzehnten eine der Hauptbeschäftigungen der europäischen Industrie, und ein einflußreicher Ring von Munitionsfabrikanten und anderen sei am Krieg interessiert. Wenn es zu einem solchen komme, würden jene wieder von Morgan Geld borgen, und das Ende würde wieder sein, daß die Ver. Staaten auch mitmachten.

Der bekannte New-Yorker Sozialistenführer Morris Hillquit hielt eine Rede, in der er u. a. sagte, daß die Monroe Doktrin „Amerika den Amerikanern" unter der imperialistischen Regierung zu der Doktrin „Amerika den Vereinigten Staaten" umgewandelt worden sei. Das amerikanische Volk sei aber keineswegs imperialistisch. Als Schlußstein des Friedensprogramms des Kongresses prophezeite Hillquit für die Vereinigten Staaten Krieg, und zwar vor allem mit Mexiko, da amerikanische Magnaten das mexikanische Oel haben wollen. „Die Amerikaner", so schloß er, „bekämpfen schon die westliche Halbkugel wirtschaftlich; sie können es kaum erwarten, die Herren der ganzen Welt zu werden."

Marokko

Der Bruder Abd el Krims trifft angeblich Vorbereitungen zu einem Angriff auf den Frontabschnitt bei Quezzan, im mittleren Teil der Kriegszone. Seine Streitkräfte sollen in den letzten Tagen bedeutend verstärkt worden sein und Abd el Krim hat an alle Stämme in jener Gegend die Weisung ergehen lassen, bereit zu sein, seine militärische Operation zu unterstützen. Auch an der spanischen Westfront sollen die Rifleute sich zu einem Vorstoß anschicken. Französische Rekognoszierungsabteilungen berichten über eine erhöhte Tätigkeit des Feindes auf der mittleren Schlachtfront. Nördlich von Taza hat das französische 19. Armeekorps eine Säuberungsbewegung im Gebiete des Braftestammes begonnen, um diesen zur Unterwerfung zu zwingen. Die Truppen stoßen auf geringen Widerstand, operieren aber in sehr schwierigem Gelände.

Syrien

Mitteilungen aus Syrien aus französischen Quellen besagen, daß 1500 aufständige Djebel Drusen, die auf Damaskus marschierten, von den Franzosen unter Zulassung schwerer Verluste zurückgeschlagen wurden. Die französischen Truppen wurden durch Flugzeugbeiten und Kavallerieabteilungen unterstützt.

Man erwartet, daß Verstärkungen, die General Sarrail während der letzten Tage erhielt, habe den französischen Oberbefehlshaber in Syrien in die Lage versetzen, den Aufstand des Drusenstammes innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu unterdrücken.

Die andauernde Belagerung von Suedia seitens der Drusen und die mageren Berichte, die von General Sarrail einliefen, haben begonnen, in französischen offiziellen Kreisen Beunruhigung zu verursachen. General Sarrail's Vorgehen, um Suedia zu befreien, dürfte in wenigen Tagen vor sich gehen.

Großbritannien

Der britische Schatzkanzler Churchill und der französische Finanzminister Caillaux treten eine vorläufige Vereinbarung, um die französische Schuld an England in 62 Jahreszahlungen von je $60,500,000 zu tilgen. Die gesamten Zahlungen waren somit $3,751,000,000, die ursprüngliche Schuldbetrag $3,000,000,000. Das gesamte Abkommen hängt aber davon ab, unter welchen Bedingungen die französische Schuld an die Ver. Staaten gregelt wird und ob die französische Regierung zur Zustimmung gibt. Churchill erklärte, daß sie alles den Handel nur durchführen, wenn die Ver. Staaten im Verhältnis zur Größe der beiden Nationen nicht mehr bekommen, als Großbritannien. Das Abkommen plant einen Aufschub bis 1929. Bis zu jener Zeit ist die französische Staatskasse von der Last befreit, der Bank von Frankreich, die Abtragung ihrer Schuld von 1,000,000,000 Francs an die Bank von England zu leisten. Die letzte Zahlung hierbei muß in fünf Jahren gemacht werden. Im Prinzip wurde vereinbart, die Entragnisse des Dawes-Plans bei der Regelung der englisch-französischen Schuld nicht zu berücksichtigen.

Aegypten.

Die Mörder, welche der Ermordung von Sir Lee Stack, dem Sirdar der ägyptischen Armee und General-Gouverneur des Sudans, verübt worden, wurden gehängt. Die Hinrichtung erfolgte sich in Abtäydeh von 10 Minuten.

Das über Abdel Fattah Yahiah, einen der Verschwörer, verhängte Todesurteil wurde in lebenslängliche Haft umgewandelt, weil der Betreffende als Kronzeuge gegen seine Mitverschworenen auftreten und so deren Ueberführung ermöglicht hatte. Eine große Menschenmenge hatte sich vor den Mauern des Gefängnisses angesammelt, in dessen Hof die Massenhinrichtungen vor sich gingen. Tiefe Stille herrschte, als siebenmal hintereinander die schwarze Flagge am Mast des Gefängnisses gehißt wurde, um anzuzeigen, daß einer der Delinquenten nach dem anderen sein Verbrechen am Galgen gebüßt habe. Den Verurteilten war in der vorausgegangenen Nacht noch gestattet worden, von ihren Angehörigen für immer Abschied zu nehmen. Mit Ausnahme von Dr. Schafik Manjur gingen alle Verurteilten ruhig und gefaßt zur Richtstätte. Der letztere suchte sich von den Wachen, die ihn zum Galgen führten, mit aller Gewalt loszureißen. Als man ihn die Stufen zum Galgen hinaufführte, stieß er ein schreckliches Geheul aus. Die Leichen der Hingerichteten wurden später ihren Angehörigen zur Beerdigung überwiesen.

Polen

Drei angebliche Kommunisten, die am 17. Juli nach einer wilden Hetzjagd in einer der belebtesten Straßen der Stadt Warschau festgenommen wurden, sind zum Tode verurteilt worden. Vor ihrer Verhaftung waren in einem Revolverkampf mit den verfolgenden Polizisten eine Anzahl Personen auf der Straße von Kugeln getroffen und etliche tötlich verwundet worden. Die Verhängung der Todesstrafen erfolgte, obwohl Premier Grabski von französischen und deutschen Kommunistengruppen telegraphische Drohbriefe erhalten hatte.

Schweden

In einer Sitzung der allgemeinen christlichen Konferenz in Stockholm wurden Rassenprobleme zur Erörterung gebracht.

Ein amerikanischer Neger-Geistlicher, William H. Bell, betonte, daß Millionen farbiger Bewohner der Erde mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht einverstanden seien, und daß die Christen Amerikas und Europas mit ihnen fühlten. Der Hauptgrund der Rassenverachtung liege darin, daß man die gegenwärtigen wirtschaftlichen, industriellen, politischen und internationalen Verhältnisse aufrecht erhalten wolle. Die fünf Hauptrassen der Welt bleiben getrennt, wie die fünf Finger der Hand, aber untereinander arbeiten sie zusammen und sind sich behilflich.

Der Bischof von Bombay und Pfarrer Julius Bechtel aus Deutschland betonten, daß die Beherrschung sogenannter primitiver Länder durch die Weißen beendet werden sollte. Die Rohmaterialien dieser Länder seien für die moderne Zivilisation unentbehrlich. Die weißen Rassen haben es nicht nötig, über die Vorgänge in China stolz zu sein.

Die französischen und deutschen Delegaten sprachen von der Notwendigkeit einer Aussöhnung der beiden Völker.

Dänemark

In der Veilby Bucht an der Westküste von Jütland wurde das deutsche Unterseeboot „U-20", das am 4. November 1916 im Nörel an der Küste Jütlands strandete, auf Anordnung der dänischen Admiralität mit Dynamit gesprengt. Nahezu eine Tonne Sprengstoff wurde verwendet, um das Tauchboot zu zerstören, dessen Oberbau seit 1916 aus dem Wasser emporragte.

Das von Kapitän-Leutnant Schwinger kommandierte Tauchboot U-20 hatte am 7. Mai 1915 im Sperrgebiet an Irlands Südküste den in der englischen Schiffsliste als Hilfskreuzer aufgeführten Passagierdampfer „Lusitania", der unter falscher (amerikanischer) Flagge fuhr, versenkt. Die „Lusitania" war bestückt gewesen, hatte einen Transport canadischer Soldaten, Kriegsmaterial und mehrere tausend Kisten Munition an Bord; weshalb auch der damalige deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, vor der Benutzung des Schiffes als Passagierdampfer öffentlich gewarnt hatte. Unter den umgekommenen 1206 Menschen waren 142 Amerikaner.

Palästina

Der neue britische Oberkommissär für Palästina, Feldmarschall Baron Plumer, ist in Jerusalem eingetroffen und feierlichst empfangen worden. Hohe Beamte der Palästina-Verwaltung, städtische Würdenträger sowie eine große Volksmenge erwarteten am Bahnhof die Ankunft Lord Plumers und seiner Gattin. Manor Nashashibi hielt eine Begrüßungsansprache. Lord Plumer leistete den Eid auf die Verfassung von Palästina.

Ver. Staaten

Präsident Palmer der Flottenkorporation wurde von der Schiffahrtsbehörde ermächtigt, 1 überschüssige Handelsschiffe des Binnenseen-Typs, die auf dem amerikanischen Markt nicht leicht losgeschlagen werden können, an Ausländer zu verkaufen. An den Ankauf dieser Schiffe durch Ausländer ist die Bedingung geknüpft, daß sie nicht im Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten verwendet werden dürfen.

China

Chinesische Soldaten verfolgen die Banditen, welche den Amerikaner Dr. Howard gefangen halten. Sie werden bei ihrer Jagd dadurch angespornt, daß ihnen die Banditen entschlüpft sind, als sie im Begriff standen, Howard zu retten. Die Entführer haben jetzt mit Boot einen Tag Vorsprung vor ihren Verfolgern. Sie sind nach Berichten in der Nähe von Huschgi in der Provinz Kirtin, Mandschurei.

Howard wurde vor einigen Wochen von Banditen gefangen, welche Morgan Palmer, einen wohlhabenden amerikanischen Grundbesitzer, töteten. Die chinesische Regierung sandte tausend Soldaten zur Verfolgung.

Völkerbund.

Die von dem Völkerrat ernannte Sonderkommission zur Behandlung der Polizeiamt-Streitfrage zwischen Polen und der Freistadt Danzig hat den Standpunkt der Völkerbundsversammlung dahingehend, daß der rechtliche Status des ganzen Danziger Gebietes von Danzig ausgeschaltet sei, um die Streitfragen aufrechterhalten. Der Sonderausschuß hat ferner den Völkerbundsrat gebeten, bereits jetzt Vorkehrungen zu treffen, daß politische Briefkästen im Hafen von Danzig angebracht werden können und die Sonderkommission ihre Arbeit im Bereich der Verwaltung dort ist auf den ganzen Geschäftsbereich der Stadt, jedoch nicht die angrenzenden Nachbargebiete, erstreckt.

Im Banat

Von Dr. Paul Rohrbach, z. Zt. am Balkan.

Ein Kulturbild. Ein Artikelladen in einer kleinen deutsch-ungarischen, jetzt rumänischen Stadt. Der Laden ist voller Kunden. Der Meister, auch ein Deutsch-Ungarischer, ist abwesend. Es erscheint der Bursche eines rumänischen Generals, der die Garnison befehligt, und mit dem Artikeln, er solle sofort den General rasieren kommen. Der Artikeln entschuldigt sich, er könne seine Kunden nicht fortschicken und den Barbier allein lassen, er werde kommen, sobald es ginge. Auf eine unbeschreibliche Attitüde bekommt der Bursche gleich den Bescheid. Darauf erscheint der General selbst, begleitet mit bewaffneter Begleitung, mit den Artikeln auf die Polizei-Wache, und dort wird der Artikeln von Polizisten auf das Unmenschlichste verprügelt. Eine Zeitung hat den Mut, den Fall mitzuteilen, und der Artikeln hat den Mut, zu klagen. Das Zweite ist unter den jetzigen Verhältnissen in Neurumänien noch unerhörter als das Erste. Was aus der Sache werden wird, steht noch dahin. Wer aber fragt, ob es denkbar sei, daß der General eine Strafe und der Artikeln eine Genugtuung bekäme, wird verwundert angesehen. Drüben im „Regat" heißt es, ist ja etwas selbstverständlich, und die Beamten und Offiziere, mit denen das neue Gebiet überschwemmt wird, glauben, es sei auch hier selbstverständlich. Die Bevölkerung aber, die bis zum Jahre 1918 in einem Rechtsstaat gelebt hat, der nicht nur gute Straßen, pünktlichen Bahnverkehr und eine geordnete Verwaltung, sondern auch prompte und gute Justiz besaß, lernt es jetzt im siebenten Jahr, was der Sturz aus Europa in den Balkan bedeutet.